

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Ernst Wittmann, Magdeburg. Verantwortlich für Druck: August Fabian, Magdeburg. Druck und Verlag von W. Pfannkuch u. Co., Magdeburg. Geschäftsstelle: Jakobstraße 46, Fernsprecher 1567. Redaktionen und Druckerei: Große Mühlstraße 8. Fernsprecher 961.

Prämumerando zahlbarer Abonnementspreis: Vierteljährlich (inkl. Beleglohn) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pf. Der Kreuzband in Deutschland monatlich 1 Exemplar 1.70 Mk., 2 Exemplar 2.50 Mk. In der Expedition und den Postämtern vierteljährlich 2 Mk. monatlich 70 Pf. Bei den Postämtern 2.25 rgt. Beleglohn. Eingetragene Nummern 5 Pf. Sonntags- und Feiertagsnummern 10 Pf. — Inserationsgebühr: die sechsgepaßte Zeile 15 Pf., auswärts 25 Pf., im Restamtteil Zeile 50 Pf. Postzeitungliche Seite 300

Nr. 7.

Magdeburg, Mittwoch den 10. Januar 1906.

17. Jahrgang.

Die englischen Wahlen.

Es gilt als ausgemachte Sache, daß die Mitte dieses Monats stattfindenden allgemeinen Wahlen eine liberale Majorität für das Unterhaus ergeben werden. Die konservative Majorität, die beim Zusammentritt des Parlaments im Jahre 1900 134 Stimmen betragen hatte, war gegen Ende der letzten Session auf 69 zurückgegangen. Die Liberalen müssen also mindestens 35 Mandate zu ihren bisherigen gewinnen, um mit den irischen Abgeordneten zusammen eine Majorität von einer Stimme zu haben. Eine solche Majorität wäre natürlich nicht lebensfähig, und so handelt es sich für die Liberalen in Wirklichkeit darum, die Zahl ihrer Mandate um einige 70 bis 100 zu vermehren, ja sogar um noch mehr, wenn sie nicht unbedingt auf die Unterstützung der irischen Nationalvorteil angewiesen sein sollen.

Bei diesen Berechnungen und Spekulationen werden die Arbeiterkandidaten gewöhnlich als der zukünftigen liberalen Majorität angehörig betrachtet, zum Teil aber überhaupt nicht sonderlich in Erwägung gezogen. Den Liberalen ist — so wird der Wiener „Arbeiter-Zeitung“ aus London geschrieben — in den letzten Monaten der Stamm ganz bedeutend geschwollen und ihre Bereitwilligkeit, den Selbstständigkeitsbestrebungen der Arbeiterklasse klugerweise entgegenzukommen, eine Bereitwilligkeit, die sie in den bösen Tagen der hoffnungslos scheinenden Opposition zu erfennen gegeben, hat jetzt eine beträchtliche Verminderung erfahren. Namentlich der Widerstand der liberalen Wahlmacher in den einzelnen Wahlkreisen gegen eine Berücksichtigung der Organisationsgelder der Arbeiter hat sich in den letzten Monaten mit Fortschritt gegen die weisere Politik der Führer der Liberalen durchzusetzen gewußt.

Es ist eine alte Erscheinung, daß sich, wenn die liberale Partei in der Opposition ist, ihre radikalen Elemente in allerhand gefährlich klingender rebellischer Sprache gegen die „Whigs“ gefallen, die eint radikale Gesinnung des überwiegend größten Teils der liberalen Wählerschaft betonen und sich mit Sozialisten mehr wesensverwandt erklären als mit den „Whigs“, denen der Rat gegeben wird, sich doch lieber offen der konservativen Partei anzuschließen. Namentlich der Burenkrieg brachte diese Gegensätze in der liberalen Partei deutlich zum Ausdruck, ließ sie beinahe unverfrohen erscheinen, so daß noch vor zwei Jahren selbst gute Sozialisten an eine Vereinigung der aufrichtigen Radikalen mit Sozialisten und Jren zur Bildung einer großen „dritten Partei“ glauben konnten.

Sowie aber die Nachwahlen zu zeigen begannen, daß die konservative Partei im Lande abgewirtschaftet habe, und ein liberales Ministerium in den Bereich der Möglichkeit trat, wurden jene Gegensätze wieder schön eingepackt; und die Umwandlung der konservativen Partei in eine Schutzpartei gab diesem durchaus nicht neuen Gehaben der Liberalen sogar noch eine höhere Weihe. Je einiger aber die Partei, deren Einigung sich wahlpolitisch so ausdrückte, daß die meisten bei den Neuwahlen gewonnenen Mandate Anhänger des imperialistischen Flügels zuzielen, desto unwilliger erschien ein Entgegenkommen gegenüber den Verächtern unabhängiger Arbeiterkandidaturen. War man früher unter Umständen selbst geneigt gewesen, früher von Liberalen besetzte Wahlkreise freiwillig an Arbeiterkandidaten abzutreten, so hat man in den letzten Monaten selbst in Wahlkreisen, die seit Jahren nicht liberal gewählt haben, und wo sich nur konservative und Arbeiterkandidaten entgegenstanden, nämlich einen liberalen Kandidaten ins Feld gebracht. Zum Teil hängt dies allerdings wohl damit zusammen, daß man eben die Aussichten der Liberalen jetzt für besser erachtet, zum Teil aber auch damit, daß man es — und das gilt namentlich von einzelnen industriellen Wahlbezirken des Nordens — mit ein gefährliches Experiment hält, die Arbeiter mit der politischen Unabhängigkeit, mit der Vertretung durch Gewerkschaftler oder sogar Sozialisten, versuchen zu lassen. In diesen Fällen hat die liberale Kandidatur nur den Zweck, die Wahl des Arbeiterkandidaten zu verhindern. Es sind darum die Aussichten auf eine ansehnliche Arbeiterpartei im nächsten Parlament in den letzten Monaten nicht besser geworden.

Bevor aber die Aussichten der Arbeiterkandidaturen besprochen werden, muß erst erklärt werden, was ein Arbeiterkandidat ist. Das ist keine so einfache Sache. Man nehme zum Beispiel die sozialistischen Kandidaten. Da ist zuerst die Social Democratic Federation zu erwähnen, die einige Wahlkreise offiziell erobern will, andre aber wieder nicht offiziell, indem sie der betreffenden Kandidatur nur ihren Segen, aber kein Geld zur Verfügung stellen kann. Die Aus-

sichten der Partei sind leider nicht günstig. Syn d man, der den Wahlbezirk Burnley (Lancashire) seit Jahren bearbeitet und es früher nur mit einem konservativen Konkurrenten zu tun hatte, hat jetzt auch einen Liberalen zu bekämpfen, den alten Schädling Maddison, der seit Jahren jeden Zusammenhang mit der Gewerkschaftsbewegung und Arbeiterbewegung verloren hat, ja in Gewerkschaftskreisen den denkbar schlechtesten Ruf genießt, aber gut genug ist, um dem sozialistischen Kandidaten Briggel zwischen die Beine zu werfen. Viel versprach man sich früher von Southampton, wo D u e l s h, der Redakteur der „Justice“, kandidiert, weil dort zwei Mandate zu vergeben sind, die bisher im Besitze der Konservativen waren, und die Liberalen sich anfänglich auf einen Kandidaten beschränken zu wollen erklärten. Seitdem haben sie aber auch einen zweiten Kandidaten aufgestellt. Immerhin scheint dieser Wahlkreis noch die meisten Aussichten für unsre Genossen zu bieten. Ob der Rücktritt des alten Radikalen Labourere von der Vertretung des mit zwei Mandaten ausgerüsteten Wahlkreises Northampton die Aussichten des einen sozialistischen Kandidaten wirklich so verbessert hat, wie man zu hoffen pflegte, als Labourere noch Abgeordneter war, ist zweifelhaft. Auch ein Erfolg Dan Irving's in Accrington wäre eine Hebereschung.

Alle diese Kandidaten sind zwar Arbeiterkandidaten dem Wesen der Sache nach, nicht aber Arbeiterkandidaten im technischen Sinne, das heißt vom Labour Representation Committee aufgestellte Kandidaten, da die S. D. F. bekanntlich dem L. R. C. nicht angehört und ihre Kandidaten als „Sozialisten und Arbeiterkandidaten“, nicht bloß als „Arbeiterkandidaten“ auftreten. Eine Ausnahme bildet W i l l i a m Thorne im Londoner Vorort South West-Ham, der, obwohl Mitglied der S. D. F. und obwohl er sich als Sozialist und Arbeiterkandidat bezeichnet, vom L. R. C. anerkannt worden ist.

Die Kandidaten der Independent Labour Party (Unabhängigen Arbeiterpartei) sind alle zugleich auch Kandidaten des L. R. C. und treten daher bloß als Arbeiterkandidaten auf. Eine Ausnahme bilden S. G. Hobson in Northdale und Gatley in Ost Bradford, beide Mitglieder der S. L. P., die gegen den Willen der Parteileitung, aber auf Verzicht der lokalen Partei und der lokalen S. D. F. kandidieren, sich als Sozialisten bezeichnen, aber auch nicht die Unterstützung des L. R. C. genießen. Beide Kandidaturen sind ziemlich aussichtslos.

Eine dritte Art Arbeiterkandidaten sind die von der Miners Federation, der Gewerkschaft der Bergarbeiter, aufgestellten. Diese sind zum Teil auch Kandidaten des L. R. C., das heißt haben sich auf den Gedanken der unabhängigen Arbeitervertretung und auf den Nichtantritt auf die liberale Partei verpflichtet, zum Teil aber sind sie einfach Liberale. Unabhängige Kandidaten sind sie namentlich in Schottland, wo die Führer der Bergleute in den letzten Jahren eine entschiedene Entwicklung nach links durchgemacht haben, während es in England und in Wales den Führern der Miners Federation zum größten Teil wieder gelungen ist, die Unterwerfung unter die liberale Partei aufrecht zu erhalten. Der Kategorie von liberalen Arbeiterabgeordneten gehören die alten Bergarbeitervertreter Wurt, Fenwick, Wilson, Abrahams usw. und einige neue Kandidaten dieser Couleur an. Nennliche Arbeiterkandidaten sind Bell in Derby, der seinerzeit vom L. R. C. ins Parlament gerufen wurde, aber jetzt abgefallen ist, Steadman in Zentral Finsbury (London), der sich nach langem Schwanken schließlich doch entschlossen hat, als liberaler Arbeiterkandidat aufzutreten, und endlich John Burns in Battersea.

Es bleiben also als Arbeiterkandidaten im technischen Sinne nur die Kandidaten des Labour Representation Committee. Diese sind zum großen Teil Mitglieder der Independent Labour Party oder Sozialisten ohne Parteizugehörigkeit, zum Teil auch Kandidaten der Miners Federation und sonstige Gewerkschaftsführer. Die Zahl dieser Kandidaten beträgt 51, wird aber wohl auf 50 reduziert werden, da einer der Kandidaten, Ben Tillet, schwer krank ist. 32 dieser Kandidaten stehen nur einem konservativen gegenüber und die Liberalen haben versprochen, zumindest Gewehr bei Fuß zu stehen. In elf von diesen 32 Fällen handelt es sich um Wahlkreise mit zwei Mandaten, wo die Konservativen zwei Kandidaten, die Liberalen und die Arbeiterpartei aber nur je einen Kandidaten aufgestellt haben. In 18 Fällen stehen sich Arbeiterkandidaten, Liberale und konservative gegenüber. In einem Falle bekämpft der Arbeiterkandidat den von den Konservativen unterstützten Liberalen.

Von diesen Kandidaturen des L. R. C. sind vier jetzt als vollständig sicher zu betrachten. Shackleton in Clitheroe

(Lancashire) und Sir Gardie in Merthyr (Wales) werden wahrscheinlich ohne Gegenkandidaten gewählt werden und auch William Crooks in Woolwich (London) und Henderson in Barnard Castle (Durham) sind ziemlich sicher. Wenn zu diesen vier ein weiteres Duzend oder vielleicht gar 15 hinzugewählt werden sollten, so daß in das Parlament eine Arbeitergruppe von nahezu 20 einzöge, so wäre das meiner Ansicht nach ein ganz bedeutender Erfolg. Nicht mitgerechnet sind dabei die liberalen Arbeiterkandidaten, von denen auch ein Duzend gewählt werden dürfte.

Dieses Resultat wird manchem sehr gering vorkommen. Man darf aber nicht außer acht lassen, daß die Strömung jetzt den Liberalen günstig ist, daß in den Wahlkreisen, wo die Liberalen dem Arbeiterkandidaten freies Spielraum gegen den konservativen Kandidaten lassen, sehr große Majoritäten zu befechtigen sind, daß endlich die Arbeiterkandidaturen bei dem Mangel einer Arbeiterpartei schwer zu kämpfen haben, da „Justice“ und „Labour Leader“ und das eine oder andre kleine Provinzialblattchen bei weitem nicht ausreichen. Wenn aber jetzt rund 20 unabhängige Arbeitervertreter gewählt werden und sich auch nur ein Teil davon fähig und politisch ehrlich erweist, so wird damit vor allem der Grund für den Aufbau einer Arbeiterpartei gegeben sein. Das L. R. C., so nützlich es sich auch diesmal bei den Wahlen erweisen dürfte, ist natürlich keine Partei und kaum eine dauernde Institution. Es hat bisher nur eine Tendenz, aber kein Programm verkörpert. Erst eine parlamentarische Arbeitergruppe würde Programm und Taktik für die kommende englische Arbeiterpartei liefern können. —

Politische Lieber...

Magdeburg, den 9. Januar 1906.

Der 21. Januar und die Polizei.

Der Tag, an dem die preussische Wahlrechtsbewegung ihre Fahne entfalten soll, zugleich der internationale Gedentag der Petersburger Märtyrer, hat die preussische Polizei in lebhafter Bewegung gesetzt. Was wird am 21. Januar geschehen? In welcher Form werden sich die Massenkundgebungen des Proletariats vollziehen, und wie werden sich die Organe der Staatsgewalt zu ihnen verhalten? Das ist die Frage, die jetzt in allen beamteten und politischen Kreisen aufs lebhafteste diskutiert wird.

Zunächst verbreitete sich in Berlin — unbekannt aus welcher Quelle — das Gerücht, die preussische Regierung trage sich mit der Absicht, einen kleinen Staatsstreik zu verüben und trotz des Mangels jeder gesetzlichen Unterlage die ganze Bewegung einfach zu verbieten. Von dieser grotesken Idee — deren Ausführung den allerjüngsten Aufstakt zur Wahlrechtsbewegung gegeben hätte — scheint man aber inzwischen doch abgekommen zu sein; denn eine Störrepression, die Beziehungen zur Polizei hat, weiß jetzt zu melden, „daß ein Verbot dieser Protestversammlungen nicht stattfinden wird“, daß werde die Polizei sofort jede Versammlung auflösen, die einen „unruhigen, revolutionären oder staatsfeindlichen Verlauf“ nehme. Von eventuellen Strafkundgebungen heißt es:

Zugewandte Demonstrationen nach Schluß dieser Versammlungen werden auf keinen Fall zugelassen; sollten sie erzwungen werden, so wird dagegen mit aller Macht vorgegangen werden. Man rechnet damit, daß die Einsicht der sozialdemokratischen Leiter der Versammlungen es nicht zu Zusammenstößen kommen lassen wird. Sollten aber diese Männer heute glauben, auch bei uns Zustände wie in Rußland heranzubekommen zu können, so wäre es gut, wenn sie sich bis zum 21. Januar zu einem andern Meinung bekehrten. Ein friedlicher Verlauf der gewaltlosen Massenversammlungen wäre im Interesse der sozialdemokratischen Partei besser, da bei irgendwelchen Komplikationen sie den kürzern ziehen würde, da sie den revolutionären Charakter ihrer Kundgebungen gar nicht vernein hat. Es sollte bedenken, daß die große Majorität des deutschen Volkes vor ähnlichen Zuständen wie in Rußland bewahrt zu werden wünscht und daß der Staat, komme was wolle, nie zulassen wird, daß auch nur ein Versuch ähnlicher Bewegungen wie beim russischen Nachbarn gemacht werde.

Die Polizeikorrespondenz hat zunächst völlig recht, wenn sie hervorhebt, daß die große Mehrheit des deutschen Volkes vor russischen Zuständen bewahrt zu werden wünscht; aber deshalb will sie ja am 21. Januar gegen die preussische Reaktion demonstrieren, die alles in sich enthält, was bei uns möglich ist. Es ist auch sehr anerkenntniswert,

Alzeiforrespondenz um die Interessen der Demokratie so besorgt zeigt und plötzlich ein Vertrauen in die Einsicht der sozialdemokratischen Anführer setzt, die sich dieses Vertrauens gewiß nicht zeigen werden.

In ihrer polizeilichen Unlogik übersieht sie aber völlig, daß gerade nach ihrem Rezept der Einfluß der sozialdemokratischen Organisationsleiter nur bis zur Tür des Versammlungsorts reichen kann. Jeder Versuch der Organisationsleiter, in eventuelle Straßendemonstrationen mit ordnender Hand einzugreifen, würde am Ende ihr als Aufruhr, Landfriedensbruch und weiß Gott noch alles denunziert werden. Die Polizeiforrespondenz überschätzt den Einfluß der Versammlungsleiter ganz gewaltig, wenn sie glaubt, jene können mit einem gewissen magischen Wau jeden Versammlungsbefucher vom Saale bis in seine Wohnung begleiten und dafür sorgen, daß er sich auf dem Wege „ordentlich“ — im Sinne der Polizei — aufführt. Die Macht und die Geschäftlichkeit der Versammlungsleiter hat ebensogut ihre Grenzen wie die Macht und die Geschäftlichkeit der Polizei, ebensowenig wie diese sind jene instand, eine elementar hervorbrechende Volksbewegung künstlich aufzuhalten.

Nur eines allerdings könnten die sozialdemokratischen Organisationen, wenn es die Polizei nicht mit aller Macht der Unvernunft verhindern würde. Sie könnten nämlich dafür sorgen, daß eventuelle Straßendemonstrationen so friedlich und ordentlich verlaufen, daß keine Scheibe zerbrochen wird und kein Straßenbahnwagen eine Verzögerung von einer Minute erleidet. Nur durch ein unsinniges Draufgängertum der Polizei, nur wenn friedliche Demonstranten, die die Sicherheit des Lebens, des Eigentums und des Verkehrs streng respektieren, von der bewaffneten Gewalt bedroht und angegriffen werden, dann können die gefährlichsten „Zusammenstöße“ und „Komplikationen“ entstehen, die aber dann dem Ansehen der preussischen Staatsgewalt weit mehr schaden würden als dem „Interesse der sozialdemokratischen Partei“. Alle Welt, selbst die armen Diktatoren, die im Solde ihrer Unternehmener alle möglichen finsternen Pläne der Sozialdemokratie erfinden müssen, weiß, daß die sozialdemokratische Partei jedes gewalttätige Vorgehen verabscheut. Sie will die Mehrheit des deutschen Volkes nicht terrorisieren, wie es die Junker und Pfaffen des preussischen Dreiklassenparlamentes tun, sie will nur die Mehrheit des deutschen Volkes durch wirksame und eindrucksvolle Kundgebungen friedlich davon überzeugen, daß die Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen eine unaufschiebbare Notwendigkeit geworden ist.

Leider ist die Polizeiforrespondenz mit der Sozialdemokratie nicht einig in dieser friedlichen Absicht. Aus der Ankündigung, irgend welche Demonstrationen — also auch friedliche und ruhige — würden nicht zugelassen werden, man spricht ein roher und gewalttätiger Sinn. Darum muß es heute schon so klar und bestimmt wie nur möglich gesagt werden: Die Ruhe und Ordnung in Preußen und ganz Deutschland wird am 21. Januar von niemand bedroht sein, wenn nicht von der Einseitigkeit der Polizei! —

Wahlrechtsdemonstrations-Prozesse.

Aus Dresden wird uns vom S. d. M. geschrieben: Am Montag hatten sich vor der zweiten Strafkammer des hiesigen Landgerichtes wiederum drei Teilnehmer an den anfänglich der Wahlrechtsbewegung in der Nacht zum 17. Dezember in Dresden stattgefundenen Straßendemonstrationen zu verantworten. Den Vorsitz in den Verhandlungen führte der aus zahlreichen Prozessen gegen sozialdemokratische Pressführer bekannte Landgerichtsdirektor Dr. Becker.

Der erste Angeklagte ist der 1877 in Rabbel bei Chemnitz geborne Buchhalter Otto Bomsdorf, ein wegen Gewalttätigkeitsdelikten wiederholt verurteilter Mensch. Er soll sich in der fraglichen Nacht des Aufstaus und des Widerstands gegen die Staatsgewalt schuldig gemacht haben. Die Beweisannahme ergab folgendes Bild: Der Angeklagte ist in keiner der an jenem Abend stattgefundenen Protestversammlungen gewesen, ja will nicht einmal gewußt haben, daß solche stattfanden, hat vielmehr mit dem Perrier Straßmann und dem Marktscheffel Müller bis Mitternacht in einem Lokal auf der Schloßstraße gesessen. Als die drei das Lokal verließen, fanden sie die Schloßstraße von der Polizei abgesperrt. B. muß schon voraus ein aufgeregtes und aufreizendes Wesen zur Schau gebracht haben, denn seine beiden Begleiter hielten es für ratsam, sich mit ihm zu trennen, da sie das Gefühl — Gründe hierfür voranzusetzen ist allerdings nicht anzugehen — gehabt haben wollen, daß der Bomsdorf noch etwas passieren werde. Letzterer wandte sich nach der Mitternachtszeit, auf der eine vielhundertköpfige Demonstration in einzelnen Trupps auf und ab zog. Besonders laut soll es immer dann zugegangen sein, wenn der eine oder andere aus der Menge, die noch wiederholter Aufforderungen sich nicht gerührt, hervortrat und arreliert wurde. Als nicht in der Nähe des Angeklagten ein junger Bursche verhaftet wurde, hat B. angeblich laut gerufen: „Los, kommt alle mit, alle nach!“ Im nächsten Augenblick wurde er von dem Gendarmen Schmidt von hinten am Strick erfaßt und mit dem Worten: „Kommen Sie mal hier mit!“ arreliert. Der Angeklagte leugnete seine Abführung dadurch Widerstand entgegen, daß er sich einsetzte; indessen kam gleich ein zweiter Gendarm hinzu, worauf der Transport des Inhaftierten ohne weitere Störung zum Polizeigefängnis erfolgte. Die Menge folgte zwar ein Stück, blieb dann aber zurück.

Dies der Sachverhalt. Demnach behauptet, er sei unschuldig. Nach seiner Darstellung hat er nur aus Verger über die seiner Ansicht nach zu Unrecht erfolgte Festnahme eines jungen Mannes zu dem ihm nächstliegenden geäußert: „Komm, wir gehen mit“, weil er als Junge fungieren wollte. Da sei auch schon seine Befreiung erfolgt. Zwei Tage vorher hatte Bomsdorf schon ein

Rencontre mit einem Gendarmen, welches ihm eine Anklage wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt, Beamteneileidigung und groben Unfugs einbrachte. Dieser Vorgang hat mit der Straßendemonstration jedoch absolut nichts zu tun. Das Gericht hielt die Anklage für gedeckt und erkannte auf

1 Jahr 3 Monate Gefängnis

und eine Woche Gast mit dem Bemerkten, das Verhalten des Angeklagten habe nahe an Aufruhr gegrenzt.

Der Klempner Franz Richard Fischer war am Abend des 18. Dezember in keiner der Wahlrechtsversammlungen gewesen, dafür aber bis spät nach Mitternacht eine Anzahl Streifen durchgegangen. Als er zuletzt aus einem Restaurant in der Schreiberstraße heraustrat, war von Demonstration nichts mehr zu spüren, nur hier und da sammelten sich noch Trupps an, wobei es keine Rencontres mit der Polizei gab. Beim Weitergehen kam B. dann nach dem Postplatz, wo er in eine kleine Ansammlung hineingeriet. Als hier die Polizei die Straßen säuberte, bekam B. mit der flachen Klinge zwei Schläge über den Rücken, was ihn in Wut versetzte. Er beantwortete die erhaltene Schläge mit dem Rufe „Gemeinsamer“ und versprühte nun erst recht seine Luft, wegzugehen. In nächster Nähe der Gendarmen stehend, rief er: „Ich bin von der Polizei geschlagen worden. Machen Sie (zu den Gendarmen) mit mir, was Sie wollen. Verhaften Sie mich, oder machen Sie sonst etwas.“ Durch diese Aeußerungen B. war eine Anzahl von den Leuten, die schon im Begreifen begriffen waren, wieder angelockt worden und blieb neugierig stehen. Diesen neuen „Aufstaus“ soll B. verschuldet haben und man schritt nun zu seiner Verhaftung. Während man an ihm eine Visitation vornahm, hat er gesagt: „Greift mir nicht in die Tasche. Von der Polizei sind schon genug bemaust worden.“ Man hat aber darauf verzichtet, die Anklage auch auf Beleidigung auszudehnen. Bei der Strafzumessung ist B. zugute gehalten worden, daß er durch die erhaltenen Schläge aufgeregt worden ist. Man hat ihn zu

3 Monaten Gefängnis

verurteilt. Der 1865 zu Schlegel bei Ostrik geborne, vorbestrafte Arbeiter Hermann Ernst Böhmer ist von allen bisher abgeurteilten Straßendemonstranten der erste, der behauptet, an einer Protestversammlung teilgenommen zu haben. Er war in der Versammlung in den Blumenäulen und hat sich nach Schluß mit einigen Kollegen, die er später aber wieder verloren hat, nach dem Stadthaus begeben, um dort angeblich noch ein Glas Bier zu trinken. Als er am Zeughausplatz in der Nähe des Aufgangs der Brühlischen Terrasse anlangte, sei die Menge, die von den Blumenäulen nach der Stadt gezogen war, schon in der Hauptsache zerstreut gewesen. Ohne daß er hierzu irgendwelchen Anlaß gegeben hätte, sei er plötzlich von zwei Gendarmen erfaßt, auf die Terrasse geschoben und dort geschlagen worden. Dann hätte man ihn obendrein verhaftet. Er seinerseits stellte jede Täuschlichkeit in Abrede.

Gendarm Kühne behauptete, daß, als die Polizei die Nachricht erhielt, daß ein von den Blumenäulen kommender Demonstrantenzug beim Zeughaus vorbei durch die Rampfstraße in die Straße des Königs nach der Brühlischen Terrasse gelangt sei, in Stärke von etwa 30 Mann den ankündenden Umzügler entgegen geworfen wurden. Unmittelbar am Polizeigebäude und dem Zeughaus kam es zum Zusammenstoß. Die Menge sang die Marschlieder, brachte Hohnrufe auf das Wahlrecht aus, viele Teilnehmer sollen geschrien und geschloß haben, so daß infolge des Lärms die Ruhe der Polizei zum Auseinandergehen ungehörig erhalten. Die Schutzleute zogen darauf blank, worauf ein Teil der Demonstranten zurückwich. Ein Teil aber, darunter der Angeklagte, der sich in der vordersten Reihe befand, rührte sich nicht, worauf die Polizei mit der blanken Waffe den Platz säuberte. Der Angeklagte wurde förmlich nach der Terrasse zurückgeschoben, blieb hier aber stehen und rief der zurückweichenden Menge ermunternd zu: „Bleibt nur hier, hier dürfen Sie uns nichts tun.“ Gleich darauf erhielt der Zeuge, ohne daß er es verhindern konnte, vom Angeklagten einen Faustschlag ins Gesicht, dann drang B. auf den Beamten ein und suchte ihn rückwärts über das Geländer zu stürzen. Nach Aussage des Zeugen würde dies dem Angeklagten auch gelungen sein, wenn nicht ein Kollege sofort zu Hilfe geeilt wäre. Der Angeklagte wurde jetzt verhaftet, leistete aber derart heftigen Widerstand, daß ihn fünf Gendarmen nur mit Mühe fortbrachten. Einer der letzteren wurde dabei vom Angeklagten ins Gesicht geschlagen.

Das Gericht hielt auf Grund des Beweisergebnisses die Anklage, soweit sie auf Aufruhr und Aufstaus handelte, nicht für gedeckt, nahm vielmehr mit Widerstand gegen die Staatsgewalt für erwiesen an und erkannte auf

2 Jahre Gefängnis.

Das ist die gesetzliche Höchststrafe. —

Das deutsche Weißbuch.

Die Veröffentlichung des französischen Gelbbuchs hat den deutschen Reichskanzler genötigt, die parlamentarischen Eitten des Reichstages nachzuahmen und dem Reichstag eine Sammlung diplomatischer Schriftstücke zu unterbreiten, durch die das Vorgehen der deutschen Regierung gegen Frankreich und England gerechtfertigt werden soll. Auch die deutschen Nachhaber sind nicht mehr imstande, die Verwaltung der auswärtigen Angelegenheiten des Reiches als eine Sache weniger Eingeweihter zu behandeln. Die Schritte des diplomatischen Geheimnisses beginnen sich zu lüften und die erste Vorbedingung eines künftigen Zustandes werden geschaffen, der es den Völkern, auch dem deutschen Volke, ermöglicht, klar in die Breite zu blicken und die Leitung seiner Angelegenheiten selbst in die Hand zu nehmen.

Daß bei dieser Räumarbeit viel Staub aufsteigt und manches wunderliche Gerümpel aus der Väter Hausrat zum Vorschein kommt, ist nicht zu verwundern. Das deutsche Weißbuch legt das Hauptgewicht seiner Darstellung auf die zwei Fragen: „Hat sich der französische Gesandte in Marokko, Herr St. Renee Tailandier auf ein europäisches Mandat berufen?“ und „War die deutsche Regierung über das englisch-französische Abkommen bezüglich Marokkos richtig informiert worden oder nicht?“ Die französische Regierung

beantwortet die erste Frage mit nein, die deutsche mit ja. Die zweite Frage wird wieder von den Franzosen bejaht und von den Deutschen verneint. Und nun muß das deutsche Weißbuch beweisen, daß die deutsche Regierung recht hat.

Was die welterschütternde Frage des „europäischen Mandats“ betrifft, so steht hier Aussage gegen Aussage. Der französische Gesandte Tailandier hat auf das bestimmteste versichert, daß er sich niemals auf ein europäisches Mandat berufen habe. Dagegen behauptet die deutsche Regierung mit einem Eifer, der einer besseren Sache würdig wäre, Herr Tailandier hätte es doch getan, und bezieht sich zum Beweis ihrer Behauptung auf das Zeugnis ihres glorieux Verbündeten, des Marokkanerhäuptlings Abdul Aziz. Am 21. April 1905 berichtet nämlich der deutsche Konsul in Fez, Herr Bessel, von einem Gespräch, das er mit dem Sultan führte, u. a. folgendes:

Ich erzählte ihm dann auch, daß die Franzosen die Nachricht demontierten, daß Herr St. Renee Tailandier sich auf ein europäisches Mandat berufen habe. Der Sultan bemerkte dazu: „Mir selbst gegenüber haben sich die Franzosen in diesem Sinne ausgesprochen.“ Auf meine Frage, wer es gewesen sei, erwiderte der Sultan: „Herr St. Renee selbst“ und fügte hinzu: „Ich habe dann gefragt: Wer sind denn die Nationen? da ich wußte, daß Deutschland und Italien ein solches Mandat nicht erteilt haben. Herr St. Renee hat darauf nichts erwidert und ich habe daraus meine Schlüsse gezogen, die der Verfolg mir bestätigt hat.“

Damit bestätigt die deutsche Regierung selbst, daß die Frage des „europäischen Mandats“ eine ganz überflüssige diplomatische Floskelnerei ist. In dem Augenblick, in dem Herr Tailandier — oder, wie ihn der Sultan familiär nennt — Herr St. Renee — angeblich die rhetorische Wendung vom „Wunsche Europas“ oder dem „Willen Europas“ gebraucht haben soll, mußte der Sultan längst, daß ein solches Mandat nicht existiere. Im übrigen bleibt die ganze Geschichte höchst unglaubwürdig, denn wenn der französische Gesandte zu einer Zeit, da die deutsche Regierung mit dem Häuptling von Marokko nach Kräften die Karten mischte, behauptet hätte, ganz Europa stünde hinter ihm, so hätte er rein von Sinnen sein müssen.

Was nun die zweite Schicksalsfrage betrifft, ob die deutsche Regierung vom englisch-französischen Abkommen richtig verständigt worden sei; so stellt sich nach der Darstellung des Weißbuchs das Folgende heraus:

Der frühere französische Minister des Auswärtigen Herr Delcasse hatte „wiederholt dem kaiserlichen Botschafter Andeutungen allgemeiner Art gemacht, zunächst über unhaltbare Zustände in Marokko und über die Notwendigkeit, welche sich daraus für Frankreich ergebe, auf die Sicherung seiner algerischen Grenze bedacht zu sein“. Später sei dann das französisch-englische Abkommen geschlossen worden, das sofort nach seinem Abschluß veröffentlicht wurde. Delcasse erklärte danach auf Befragen, „der Gedanke sei ihm nicht gekommen, der kaiserlichen Regierung dieses Schriftstück mitzuteilen, das sofort der Öffentlichkeit übergeben worden sei“. Die deutsche Regierung hat sich an den Kaiserlichen Botschafter in Wien am 1. Mai 1905 — das Abkommen war im Frühjahr 1904 geschlossen; am 31. März 1905 war aber die bekannte Fahrt des deutschen Kaisers erfolgt. Der Kanzler setzt in diesem Erlaß auseinander, es sei ein großer Unterschied, ob der abgeschlossene Vertrag der deutschen Regierung direkt mitgeteilt oder ob er im „Journal officiel“ veröffentlicht werde, und vermerkt triumphierend diesen Erfolg:

Die Anerkennung des deutschen Standpunktes erfolgt durch Herrn Rouvier im Epitome vom 21. Juni, welchem der Text des französisch-englischen Marokko-Abkommens beigelegt ist.

Im März 1904 war der Text durch das „Journal officiel“ aller Welt bekannt gegeben worden. Am 21. Juni 1905 erhält der Fürst Bülow auf seinen dringenden Wunsch eine besondere amtliche Abschrift des aller Welt bekannten Textes — hoffentlich auf Gießhaut mit Wachssiegel — und damit ist eine Befehrwende der deutschen Regierung erledigt, und ein „deutscher Standpunkt“ „anerkannt“.

In seinem weiteren Inhalt beschäftigt sich das deutsche Weißbuch mit den französischen Reformvorschlüssen und sucht den Beweis zu führen, daß Frankreich daran gearbeitet habe, sich die Oberherrschaft über Marokko zu sichern. Auch diese Beobachtungen, so richtig oder so falsch sie sein mögen, fallen sämtlich in die Zeit nach der Kaiserreise gen Tanger. So entsteht der Eindruck, daß man erst verhängnisvolle diplomatische Schritte unternommen und erst nachträglich sich die Begründung für sie verschafft hat. Lange vor der Kaiserreise, wenige Tage nach Veröffentlichung des englisch-französischen Abkommens führte aber der Reichskanzler im Reichstage aus:

Was vorzuliegen scheint, ist der Versuch, Differenzpunkte, die zwischen England und Frankreich bestanden, auf dem Wege der gütlichen Vereinbarung aus der Welt zu schaffen. Dagegen wird vom Standpunkt der deutschen Interessen nichts einzusetzen sein. Denn ein gespanntes Verhältnis zwischen Frankreich und England ist für Deutschland schon deshalb nicht zu wünschen, weil es eine Gefährdung des Weltfriedens wäre, dessen Aufrechterhaltung wir dringend wünschen. Es liegt kein Grund vor zu besorgen, daß von Seite irgend einer Macht unsere wirtschaftlichen Interessen in Marokko misachtet oder verletzt werden könnten.

Wodurch dann jener plötzliche Umschwung in der deutschen Marokkopolitik erfolgt ist, der den Weltfrieden aufs schwerste gefährdet hat und ihn auch heute noch gefährdet, darüber enthält das Weißbuch kein Wort!

Mittelalter.

Aus Paris wird der Magdeburger „Volkstimme“ geschrieben:

Wer irgend Gelegenheit hatte, Quellenstudien zu treiben und Chroniken aus dem Mittelalter zu durchblättern, wird unwillkürlich beim Lesen der barbarischen Strafen, die zu jener Zeit gang und gäbe waren, in der abgechiedenen Stille des Lesesaals den kulturellen Fortschritt, den die Menschheit während der letzten Jahr-

Soziales.

Die Zahl der deutschen Mittelstädte mit Einwohnerzahlen von 25 000 bis 100 000 ist nach den neuerdings vorliegenden Ergebnissen der Volkszählung von 124 auf 133 gestiegen...

Starke Zunahme der Kinderarbeit in der Industrie. Arbeiter unter 16 Jahren wurden nach einer Aufstellung...

Zahl der Fabriken, die jugendliche Arbeiter beschäftigen, in der Industrie der Bekleidung und Reinigung von 3507 auf 13 040 gestiegen...

Gewerkschaftsbewegung.

Tarifbewegung der Steinbrucker. Eine in Leipzig stattgefundene Konferenz von Vertretern der deutschen Lithographen...

Formstecher-Ausstand. Bei der Firma Siegmund, Formstecherei in Braunschweig...

Unternehmer-Terrorismus. Sämtliche Arbeiter der Ziegelei Gähls bei Rieta wurden entlassen...

machen lassen." Unter den so plötzlich auf die Straße geworfenen Arbeitern befanden sich solche, die über 20 Jahre in der Ziegelei beschäftigt sind.

Ausländische Streiks. In Antwerpen streikten etwa 10 000 Schiffsverlader. Sie haben ihre Kollegen eingeladen...

Der „freiwillige“ Oberbürgermeister von Breslau, Herr Vender, stand am Donnerstag als Angeklagter vor dem Breslauer Stadtverordnetenkollegium...

Au die Tabakarbeiter Deutschlands!

Angeichts der drohenden Gefahr, welche der gesamten Tabakindustrie durch die Vorlagen der Reichsregierung über die geplante Erhöhung des Tabakzollens...

Kongress der Tabakarbeiter Deutschlands

nach Berlin zu berufen.

Die Zentralkommission der Tabakarbeiter Deutschlands.

- Wilhelm Börner, Karl Birich, Max Biesel, Max Müller, Fritz Sperber.

Feuilleton.

Nachdruck verboten.

Ich bekenne!

Die Geschichte einer Frau. Von Mara Müller-Jahne.

Zu den ersten Worten... Fräulein Günthers Scheiden fühlte ich mich sehr vereinzelt. Doch meine Mutter schrieb liebe Briefe...

schleier durch den ganzen Raum. Die Frau von heute Abend, die Frau mit den tränenlosen, verblühten Augen kam mir nicht aus dem Sinn.

einen jungen Mann zu mir ins Zimmer ließ? - Schließlich aber war's kein Kontor mehr als das meinige.

(Fortsetzung folgt.)

Mittwoch und Donnerstag

von 9 Uhr vormittags bis 12 Uhr mittags

verkaufen wir einen größeren Posten zurückgegebener

Herren-, Damen-, Kinder-Schuhe u. Stiefel

zum Ausschuen 1.25 Mark das Paar

Schuhwarenhaus Gebr. Schachmann Breitenweg 69/70 Ecke Scharnstr.

Umtausch nicht gestattet!

Diese Woche, vom Mittwoch bis Sonnabend

Ausnahmepreise für ff. Kalbfleisch

Keule, Rücken, Niere, Brust alles à Pfund nur 55 Pf.

ff. Schweine-, Rind- und Hammelfleisch zu bekannt billigsten Preisen.

A. Bosse, nur Gr. Münzstrasse 14.

Bitte geben!

Sie finden die größte Auswahl, Sie bekommen die billigsten Preise, Sie werden am aufmerksamsten bedient

bei Albert Gottschalk (Zuhörer: J. Fliess)

Magdeburg-Buckau, Schönebeckerstrasse 107.

Achtung! Achtung!

Wir empfehlen in großer Auswahl:

Couplets • Soloszenen • Duette • Terzette • Ensemble-Szenen • Theaterstücke • Deklamationen • Lebewitz • und usw.

Couplets Couplets statt 1.00 und 1.50 Mt. nur 50 Pf.

Buchhandlung Volksstimme Jakobstraße Nr. 49.

? Wo herrscht Keuchhusten ?

Zypressenöl, bestes Mittel gegen Keuch- und Stiekhusten.

Herr Geheimrat Prof. Dr. Sittmann, Direktor des Leipziger Kinderkrankenhanes, verwendet dasselbe seit Jahren ausschließlich bei Keuch- und Stiekhusten und hat sowohl bei älteren als auch bei jüngeren Kindern nur gute Erfolge erzielt.

Nur erhältlich in Flaschen à Mt. 1.-; in Magdeburg und Vororte sende frei ins Haus, nach auswärts prompt gegen Nachnahme.

Nur echt zu haben in der „Neue Drogerie“, Bruno Pletsch, Magdeburg, A. N. Sobeystr. 46. Ecke Rotenstr. Fernspr. 3691.

Aschersleben Aschersleben

Bringe meinen

Barbier- und Haarschneide-Salon in empfehlende Erinnerung.

Hochachtungsvoll Wilh. Hagendorf Oberstraße 12.

Im Zirkus

Heute und folgende Tage, abends 8 Uhr

Gastspiel des Metropol-Ensemble u. der Balton-Truppe

Die lebende Brücke

Großes amerikarisches Sensationsstück in 4 Akten (16 Bilder) nach dem Englischen.

Die neuen Dekorationen sind aus dem Atelier von Otto Bogler, hier, die Kostüme von Busch u. Co., Berlin. Preise der Plätze wie bekannt. Vorverkauf im Zirkus und bei Jacobs, Ulrichsbogen.

Heute Mittwoch, nachmittags 4 Uhr

Große Kinder-Vorstellung

Aichenbrödel.

Zaubermärchen in 5 Akten.

Preise: Erwachsene auf allen Plätzen (außer Loge) 20 Pf., Kinder 10 Pf.



Trauer-Hüte

Blusen, Kostümröcke Kreppe, Florz etc. in größter Auswahl

Lange & Münzer 51a Breitenweg 51a

Gänsepökelfleisch

mit Salz bei Moritz Weinberg, Berlinerstr. 1a.

Schiebelehren

250x75 mm, mit Nonius mm, Engld. u. mm Tiefmaß, Aufsatz zum Kochmesser Mt. 3.50

Edm. Bölsche Halberstädterstr. 110.

Stahlfedern

empf. die Buchhdlg. Volksstimme.

Billige Stiefel

nur Altes Brücktor 2

Gutes Bettstroh u. Zwiebeln

gibt ab Ehrecke, Umfassungstr. 45.

Leinnaus

Adolph Michaelis Apfelstraße 16, I.

Neu! Vollständig diskrete Abfertigung. 3302

Bridat - Kontor. Zins-Ermäßigung. Fernsprecher 2322.

Rüchzettel

der Magdeburger Volksküche Gr. Marktstr. 21.

Dienstag: Ninken mit Rindfleisch. Mittwoch: Weißbrot mit Hammelfleisch.

Donnerstag: Weiße Bohnen mit Schweinefleisch. Freitag: Kartoffelbrei mit Leber. Sonnabend: Reissuppe m. Rindfleisch.

Sozialdemokratisches Liederbuch.

Preis 40 Pf. Zu haben in der Buchhandlung Volksstimme.

Als Massense

in und außer dem Hause empfiehlt sich Frau Trabert, S., Grünstr. 2.

Ein Schuhmachergeresse

sof. gef. W. Franke, Gärtenbergstr. 1.

Malerlehrling

unter günstigen Bedingungen gesucht. 2092 H. Peters, Thale a. S.

Nicht zu Mädchen

zu sojort junges Mädchen gesucht bei Vater, Knochenhauerstr. 27.

Remsdorf, Otterslebenstr. 14, 2Woh-

minger, 52 Tr., sof. od. später zu verm.

Mittwoch und Sonnabend

Gr. Preis-Skatspiel

Ergebnis dabei ein 2288 A. Marosky, Schmidtstr. 10a.

Stadt-Theater.

Donnerstag den 11. Januar 1906. Hans Heiling.

Wilhelm-Theater. Mittwoch den 10. Januar 1906. 11. 15. 21. 1. Bruder Straubinger.

Wenig gebrauchte Nähmaschinen zum Preise von 25-60 Mt. Neue Nähmaschinen aller Systeme in billigster Preislage. A. Rose, Breitenweg 264 (Scharnhorstplatz). Vesteftes seit 1865 bester, Geschäft dies. Branche. Gewissenhafte Ausführung von Nähmaschinen-Reparaturen aller Art zu billigsten Preisen. 576

Unsre geehrten Abonnenten, welche die „Neue Welt“ Jahrgang 1905 einbinden lassen wollen, werden ersucht, uns bis zum 15. Januar 1906 Nachricht zu geben. Buchhandlung Volksstimme, Jakobstr. 49

Frauen zum Austragen von Prospekten für den ganzen Tag bei gutem Verdienst gesucht. Meldungen täglich von 9-12 und 3-6 Uhr. Breitenweg 184, I.

Achtung! Westerhüsen. Achtung! Einem hochgeehrten Publikum von Westerhüsen und Umgegend sowie allen Freunden und Bekannten zur gest. Nachricht, daß ich am hiesigen Orte, Kirchhof- und Schulstraßen-Ecke, ein Zigarren-Geschäft eröffnet habe. Empfehle nur ff. Zigarren und Zigaretten sowie Rauch- und Kantabak, alles nur Spezialmarken. Hochachtungsvoll Otto Voigt, Kirchhof- u. Schulstraßen-Ecke.

Olvenstedt. Sozialdemokratisch. Verein Donnerstag den 11. Januar, abends 7 1/2 Uhr Mitglieder-Versammlung im Lokale des Herrn Matzdorf.

Burg Burg Sozialdemokrat. Wahlverein Mittwoch den 10. Januar, abends 8 1/2 Uhr im „Sohenzollernpark“ Versammlung.

Schönebeek Schönebeek Partei- und Volksvereins-Versammlung. Donnerstag den 11. Januar, abends 8 Uhr im „Bürgerhaus“, Breitenweg 57.

Sozialdemokratischer Wahlverein Halberstadt Donnerstag den 11. Januar, abends 8 1/2 Uhr Versammlung.

Kaiser-Panorama Breitenweg 134, I. Land und Leute von Mexiko, Texas. Hochinteressante Aufnahmen vom japanisch-russischen Kriegsschauplatz. Walhalla. Das großartige Januar-Programm Abends 8 Uhr stürmischer Erfolg!

Leih-Haus M. Birnbaum 2-3 Katharinenstr. 2-3 Eingang im Hausflur. Höchste Beibehaltung aller Wertgegenstände.

Gute Gesundheit 2115 echter Bienenhonig Pf. 80 Pf. ff. Fenchel-Sonig Flasche 30 Pf. aromatischer nährsalzreicher Nübenjast Pf. 23

Georg Gerding Schönebeck, Bahnhofstraße.

Schmalz täglich frisch, Pfund 70 Pf. Bücklinge Stück 5 Pf. 5% Rabattparmarken 5%

Butterhandl. Edelweiss 40 Halberstädterstr. 40 Sudenburg

Pfand-Versteigerung. Am Donnerstag den 11. Januar werden alle im Monat April 1905 verpfändeten Sachen

Leihhaus Francke Kl. Junferstraße 10. Kopfläuse jed. Ungez. verr. Thelin, Kl. 50 Pf. Dep. Löwen-Aposth, Altmarkt 22.

Zahn-Atelier Richard Sass 364 56 Breitenweg 56. Spezialität: Zement-, Porzellan-, Kupfer-, Silber-, Gold-Plomben Zahn-Heimigung. Solide Preise